

Xi Jinping spricht sich schon lange gegen westliche Werte aus. Seine „Gedanken zum Sozialismus mit chinesischer Prägung für eine neue Ära“ wurden sogar in der Verfassung verankert. Die Wissenschaft spielt für den chinesischen Präsidenten eine Schlüsselrolle. Von der angesehenen Tsinghua-Universität in Peking erwartete er bei einem Besuch im April „mehr Beiträge zur Realisierung des chinesischen Traums einer nationalen Verjüngung“ unter Führung der Partei. Das Ziel des chinesischen Bildungssystems sei es, die „Erbauer und Nachfolger“ des Sozialismus auszubilden. Im Mai sagte er, Wissenschaft und Technik müssten den „wichtigsten ökonomischen Schlachtfeldern“ des Landes dienen.

Kritische Professoren geraten dabei immer stärker unter Druck. Sie werden zwangsversetzt, gefeuert, teils auch inhaftiert. Auf dem unter anderem vom Berliner Global Public Policy Institute und von Scholars at Risk erstellten Index der Akademischen Freiheit liegt China mit Iran oder Nordkorea in der letzten Gruppe. „In Festlandchina benutzen Staat und Hochschulverwaltungen vielfältige Taktiken, um Akademiker und Studierende einzuschüchtern, sie zum Schweigen zu bringen und zu bestrafen“, hieß es 2009 in einem Bericht der internationalen Organisation Scholars at Risk. So würden auch Vorlesungen mit Kameras aufgenommen, teils berichteten studentische Informanten über KP-kritische Aktivitäten, oder internationale Reisen würden stark eingeschränkt.

Die KP und ihre Organe wachten darüber, dass Publikationen und Äußerungen von Wissenschaftlern „mit der offiziellen Linie des ‚Sozialismus chinesischer Prägung in der Neuen Ära‘ in Übereinstimmung stehen“, erklärte die Bundesregierung 2019. Die Durchsetzung der Parteilinie habe sich seit 2015 in allen Feldern verschärft. „Die Ideologisierung schreitet sehr schnell voran“, sagt der Chinaforscher Sebastian Heilmann von der Universität Trier. „Wer der Parteideologie nicht folgt, ist raus. Für Geistes- und Sozialwissenschaften ist das Gift.“ Weil die Geisteswissenschaften nur noch der Umsetzung der Parteipolitik in der Forschung dienen, seien auch Kooperationen in diesem Bereich „entkernt“. „Das trifft sogar Wissenschaften wie die Archäologie, die mit der aktuellen Politik auf den ersten Blick gar nichts zu tun haben, aber immer stärker für die KP-Geschichtsdeutung instrumentalisiert werden.“ Naturwissenschaften sind etwas weniger betroffen, doch auch sie sind der „zivil-militärischen Fusion“ unterworfen und müssen KP-Zielen dienen.

Zugleich hat das Land in den vergangenen Jahren viele Forscher ins Land geholt. „Manchen ausländischen Wissenschaftlern setzt die Lage in China sehr zu. Aber es gibt auch Kollegen, die es sich sehr gut eingerichtet haben“, sagt ein Wissenschaftler mit langjähriger direkter Erfahrung an chinesischen Universitäten, der anonym bleiben möchte. Die KP indoktrinierte Studenten erheblich stärker als zuvor. „Dreißig bis vierzig Prozent der Inhalte von Vorlesungen dienen der politischen und moralischen Indoktrinierung“, sagt er. Die Partei versuche, einen kognitiven Bezugsrahmen herzustellen, der eine Herrschaft ohne KP überhaupt nicht mehr vorstellbar mache. Es sei beängstigend zu sehen, dass das System „nach Jahrzehnten so gut geölt ist, dass Widerstände gar nicht mehr bestehen“.

Druck zur Selbstzensur

Hochschulkooperationen mit China hält er moralisch für nicht vertretbar. „Unirektoren werden auf Reisen in China großzügig bewirtet, sie finden es super und sind von Investitionen in die Wissenschaft angetan – sie möchten die Kooperationen ausbauen“, sagt der Wissenschaftler. Solche Treffen habe er oft selbst erlebt. „Ich glaube, dass sehr vielen deutschen Universitäten und Akademikern überhaupt nicht klar ist, worauf man sich einlässt, wenn man mit chinesischen Partnern zusammenarbeitet.“

Heilmanns Einschätzung bestätigt Alicia Hennig, Wirtschaftsethikerin von der TU Dresden, die bis vor Kurzem an chine-



Linientreu: Der Start ins Sommersemester stand an der Huazhong University in Wuhan im Zeichen des hundertjährigen KP-Jubiläums

Foto dpa

Einheitsfront im Ausland

China setzt Wissenschaftler weltweit unter Druck. Auch in Deutschland mehren sich die Anzeichen. Die Politik hat keine Antwort.

Von Hinnerk Feldwisch-Drentrup

sischen Universitäten geforscht hat. Sie habe etwa unterschreiben müssen, dass sie auf Konferenzen nicht über die Ein-China-Politik und Taiwan sprechen würde. Tagungen in China seien aufwendig auf Verstöße gegen KP-Ideologie geprüft worden. Aufgrund der Indoktrinierung der Studenten habe sie sich zuletzt gegen die Lehre entschieden. Sie sieht für kritisch ausgerichtete Geisteswissenschaften in China derzeit keine Möglichkeiten. Deutschen Partnern seien die Ziele von Kooperationspartnern nicht immer klar. „Projekte werden nicht erfolgreich sein, wenn man nicht die Partei als seinen Partner anerkennt, dem man nachkommen muss.“ Der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) sei über die teils sehr schwierigen Situationen an den jeweiligen Universitäten informiert, aber die Verantwortlichen hätten Probleme nicht offen thematisiert und systematisch aufgearbeitet, kritisiert Hennig.

Der DAAD weist die Kritik zurück. Es habe in China auch Gespräche für deutsche Forscher im Land gegeben. Es gebe „eine Abnahme akademischer Freiräume“, erklärt ein Sprecher zurückhaltend. Die Kooperationsmöglichkeiten für deutsche Hochschulen seien geschrumpft, China bleibe aber ein wichtiger Partner. Der DAAD sieht zwar „bedenkenswerte Entwicklungen“ wie Sanktionen gegen das Berliner Mercator-Institut für China-Studien oder den in den Vereinigten Staaten tätigen Anthropologen Adrian Zenz, der zur Lage der Uiguren forscht. Sein Gesamturteil lautet indessen: „Mit Blick auf Deutschland hat die kommunistische Partei Chinas natürlich keinen direkten Einfluss auf die Wissenschaftsfreiheit“.

Diese Stellungnahme erstaunt. „Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen“, erklärte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) schon 2019. Chinesische Studenten und Forscher würden auch im Ausland aufgrund ihrer akademischen Tätigkeit verfolgt, erklärte damals Scholars at Risk. Durch die chinesischen „Sicherheitsgesetze“ und das neue „Sicherheitsgesetz“ in Hongkong sind auch Ausländer von rechtlicher Verfolgung bedroht, wenn sie sich nicht KP-konform verhalten.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Entwicklung. Zur Aufgabe chinesischer Kollegen gehöre „die Kontrolle und Steuerung der in Deutschland ansässigen chinesischen Auslandsgemeinde“, heißt es in seinem aktuellen Bericht. „Durch die enge institutionelle Anbindung von chinesischen Unternehmen, Studentenorganisationen sowie kulturellen Vereinen und Instituten sollen linientreues Verhalten sichergestellt und die sogenannte Einheitsfront im Ausland gestärkt werden.“ Die KP setze „auch im Ausland auf eine umfassende Kontrolle der eigenen Bevölkerung durch die Partei“.

Chinesische Studentenvereine, die es an fast allen deutschen Hochschulstandorten gibt, würden zur Denunziation aufgefordert. Sie sollen etwa abweichende Meinungen von Mitstudenten melden, heißt es aus Verfassungsschutzkreisen. So gebe es hoch eingestufte Erkenntnisse, dass chinesische Studenten unter gro-

ßem Druck stünden. Wiederholt sei es außerdem vorgekommen, dass Peking kritischen deutschen Forschern Visa verweigert habe, was die Gefahr der Selbstzensur erhöhe. Gleichzeitig würden europäische Forscher durch prestigeträchtige Einladungen vereinnahmt.

Es gibt weltweit zahlreiche Belege für Einmischungen. So hatte die chinesische Botschaft in Washington Druck ausgeübt, den Dalai Lama und einen taiwanesischen Nobelpreisträger von einer Veranstaltung der Nobelstiftung und der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten auszuschließen, wie mehr als hundert Nobelpreisträger öffentlich kritisierten. Später sei die Veranstaltung durch Cyberangriffe gestört worden.

Die F.A.Z. hat außerdem Kenntnis von einem Fall, bei dem ein deutscher Forscher, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchte, mit Kollegen einen Corona-bezogenen Artikel bei einem Fachmagazin eingereicht hat, das zum Verlag De Gruyter gehört. Der Herausgeber nannte mehrere Punkte, die einer Veröffentlichung entgegenstünden: Taiwan sei falsch bezeichnet, der Wuhaner Augenarzt und Corona-Whistleblower Li Wenliang dürfe nicht erwähnt werden, weil es politisch zu sensibel sei, außerdem dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, China sei ein unfreier Zentralstaat.

Offenbar hing die Ablehnung damit zusammen, dass der Herausgeber Chinese ist. Eine Beschwerde des Forschers bei De Gruyter blieb zunächst unbeantwortet. Nach einer Anfrage der F.A.Z. soll der Artikel nun doch erscheinen. Der Verlag habe die Herausgeber „deutlich darauf hingewiesen, dass diese Praxis nicht mit unseren Standards zu vereinbaren ist und sich nicht

wiederholen kann“, erklärt ein Sprecher. „Wir nehmen diesen Fall sehr ernst und unterziehen ihn einer intensiven Prüfung.“ Als Konsequenz wolle De Gruyter einen Verhaltenskodex einführen, der Aufgaben, ethische Standards und Pflichten genauer als bisher definiert. Das Fachmagazin solle außerdem einen zusätzlichen internationalen Herausgeber erhalten. Der Verlag wolle aber weiterhin Chinesen als Herausgeber und Gutachter einbinden. Es gebe seit Jahren erfolgreiche Kooperationen.

Reizthema Taiwan

Ähnliche Erfahrungen hat Thomas Schulze vom Klinikum der LMU München gemacht. Der Experte für psychiatrische Genetik hatte in einem gemeinsam mit internationalen Kollegen verfassten Kommentar die Frage aufgeworfen, ob medizinische Forschung aus China nicht vielleicht sogar international boykottiert werden müsse, da unklar sei, ob ethische Standards eingehalten würden, etwa in der Region Xinjiang, in der Millionen Uiguren unterdrückt werden. „Jetzt sind wir wieder an einem Punkt, dass Genomik gegen bestimmte Ethnien eingesetzt wird“, sagt Schulze. Es irritiere ihn zu tiefst, dass die Wissenschaft das Thema nicht mehr diskutiere. Doch mehrere angesehene Verlage lehnten eine Veröffentlichung des Kommentars ab, darunter das Medizin-Flaggschiff The Lancet. Herausgeber Richard Horton habe ihm erklärt, er sei kein großer Boykott-Fan, sagt Schulze. Außerdem habe das Journal eine Mitarbeiterin in Peking, deren Lage Horten nicht beeinträchtigen mochte.

Auch das Bremer Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT) musste

Erfahrungen mit dem langen Arm der KP machen. Als Mitarbeiter seit 2017 als Beobachter zu UN-Konferenzen fahren wollten, wurde dies nach F.A.Z.-Informationen untersagt. Der Grund: Im Titel eines auf der Homepage aufgeführten wissenschaftlichen Artikels kam das Wort „Taiwan“ vor. Die Institutsleitung verfasste daraufhin den Titel, indem es einen Zusatz „Provinz von China“ hinzufügte. Vorsichtshalber löschte sie gleich auch einen Text von der Homepage, der darauf aufmerksam machte, dass ein ZMT-Forscher eine Expertise zum Ökosystem im südchinesischen Meer für das internationale Schiedsgericht in Den Haag erstellt hatte.

Auf Nachfrage bestätigt das ZMT den Vorgang. Es habe ein vom BMBF übermitteltes Veto gegeben, das offenbar von China kam. Das Institut habe „beschlossen, die Änderungen vorzunehmen, um den Akkreditierungsprozess nicht zu gefährden“. Es habe keinen Grund gegeben, sich „politisch zu betätigen und auf der Formulierung zu bestehen“, sagt der kommissarische wissenschaftliche Leiter Werner Ekau. „Uns war wichtig, den Beobachterstatus für UN-Veranstaltungen zu bekommen.“ Im nächsten Jahr hat es dann geklappt. Das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention ließ Fragen unbeantwortet. Ein Sprecher des BMBF bestätigt, das Ministerium habe das ZMT informiert, dass China „sich kritisch zu zwei Publikationen auf der ZMT-Webseite geäußert“ habe. Die Änderungen der Webseite habe das BMBF jedoch „in keiner Weise beeinflusst oder befristet“.

Das ZMT arbeite auch mit Forschern aus anderen Ländern zusammen, mit deren Regierungspolitik es nicht immer übereinstimme, sagt Ekau. „Wir glauben, dass wir positiven Einfluss nehmen, indem wir gute und offene Wissenschaft vorleben“, erklärt er. Ausländische Studenten würden „mit einer anderen Einstellung in ihre Länder zurückgehen und das Verständnis, was wir von freier Wissenschaft haben, mitnehmen“. Fraglich ist, ob Veröffentlichungen von Publikationslisten und vorschnelle Selbstzensur hierzu gehören sollten.

„Es darf nicht sein, dass sich die chinesische – oder auch irgendeine andere – Regierung in die Veröffentlichungen von Forschungseinrichtungen hierzulande einmisch“, sagt Kai Gehring, forschungspolitischer Sprecher der Grünen. Politisch sei es unklug gewesen, dass das BMBF seine „China-Strategie“ vorzeitig beende und seitdem keine neuen Leitlinien zu China-Kooperationen mit der Wissenschaft erarbeitet hat. Dass die KP deutsche Forscher auf diese Art und Weise drangsalieren kann, ist für Gyde Jensen (FDP), Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Bundestags, auch Folge einer schwachen China-Politik. „Die bringt Wissenschaftler, übrigens genauso wie Unternehmer, in die Lage, in China im Zweifel jene konfrontative Form der Diplomatie zu betreiben, die die Bundeskanzlerin und der Außenminister selbst scheuen. Ich finde das unverantwortlich.“ „Ich will keine Einflussnahme der chinesischen Regierung auf unsere Hochschulen und unsere Gesellschaft“, erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek im Juni. „Deutschland muss selbstkritisch eingestehen: An einigen Stellen haben wir in der Vergangenheit etwa den Konfuzius-Instituten zu viel Raum gelassen und selbst zu wenig dafür getan, unabhängige China-Kompetenz in Deutschland aufzubauen.“ Dies fördere das BMBF, es spreche das Thema Wissenschaftsfreiheit auch regelmäßig Peking gegenüber an.

Institutionelle Verbindungen nach China würden immer problematischer, sagt Sinologe Heilmann. Man müsse jedoch die Tür zu einzelnen Wissenschaftlern offenhalten, die sonst völlig isoliert würden. Fast alle deutschen Hochschulleitungen versuchten, offene Aufwaltungen im Verhältnis zu chinesischen Stellen zu vermeiden. Das Misstrauen gegenüber Kooperationen mit China aber sei unter dem Hochschulpersonal und den Studenten „brutal gewachsen“.

Die Recherche wurde durch den Peter Hans Hofschneider Researchpreis für Wissenschafts- und Medizinjournalismus der Stiftung Experimentelle Biomedizin unterstützt.

Vor einigen Jahren kam es zu einer juristischen Debatte über die Frage, wem eigentlich der Mond und der Weltraum gehören. Das klang theoretisch, es ging aber um handfeste Interessen. Luxemburg war vorgeprescht und hatte sich Weltraumrechte zugeschrieben, die von anderen Staaten bestritten wurden. Gestritten wurde nun auch darüber, nach welchem rechtlichen Maßstab in dieser Frage überhaupt geurteilt werden soll. Als Messlatte wurden beispielsweise die Eigentumsrechte an den Weltmeeren angelegt. Ob auf dem Mond tatsächlich einmal Rohstoffe abgebaut werden, ist derweil offen. Der brasilianische Regenwald geht unterdessen immer weiter in den Privatbesitz von Siedlern über, die ihn mit Brandrodungen dezimieren. Der brasilianische Präsident Bolsonaro hat klargemacht, dass er von der Weltöffentlichkeit einen finanziellen Beitrag zur Rettung des Urwalds erwarte. Hat umgekehrt auch die Weltgemeinschaft einen Anspruch darauf, dass die grüne Lunge der Erde von Brasilien geschützt wird? Mit dem Klimawandel ist auch das Eigentum an bisher kaum regulierten natürlichen Gemeinschaftsgütern in die Diskussion geraten und die Frage aufkommen, ob unsere heutige Eigentumsordnung zu stark auf den Verschleiß der Dinge ausgerichtet ist.

Wem gehört der Wind?

Zurück zur Gemeinschaft: Ein neuer SFB untersucht den Strukturwandel des Eigentums

Die Entstehung neuer Eigentumsformen besonders im Zeichen der ökologischen Wende war die Inspiration für die Gründung des Sonderforschungsbereichs „Strukturwandel des Eigentums“. Der SFB, der fünf Universitäten zusammenschließt und von Jena aus geleitet wird, will die Analyse des Eigentums wieder auf eine soziologische Basis stellen. War der erste Dieb bei Rousseau noch klar erkennbar derjenige, der einen Zaun um ein Stück Land zog und sagte „Das gehört mir“, so ist heute viel schwerer zu sagen, wem etwas rechtmäßig zusteht. Sind etwa auch die Zentralbanken Diebe, wenn sie Sparer durch niedrige Leitzinsen um erwartete Gewinne bringen? Man kann diese Frage nur beantworten, wenn man die gesellschaftliche Dimension einbezieht: Die Bedeutung des Sparers für eine stabile Sozialordnung und die daraus hervorgehende Wichtigkeit der Garantie, dass er für seine Ersparnisse belohnt wird.

„In der Soziologie ist die Eigentumsfrage lange in Vergessenheit geraten“, sagt Tilman Reitz, der neben Silke van Dyk und Hartmut Rosa einer der drei Sprecher des SFB ist. Seit der Nachkriegszeit habe man die Institution Eigentum selbst nicht mehr angetastet und sich auf die darüberliegenden Verteilungsfragen konzentriert. Eine Zäsur sieht Reitz im Zusammenbruch des Kommunismus, der die Eigentumsverhältnisse im Osten durcheinanderwirbelte. Er habe sich mit der Welle von Privatisierungen verbunden, die schon seit den späten Siebziger losgetreten worden war. Der Transformation ist ein eigenes Projekt gewidmet.

Der SFB will besonders die Entstehung von Eigentumsformen beschreiben, die Privatisierungen zurücknehmen. Gemeint sind Kollektivformen wie die Commons und die (inzwischen weitgehend kommerzialisierte) Sharing Economy, aber auch die Rückführung in staatliches Eigentum. Die Reichweite der ersten beiden Formen

dürfte allerdings begrenzt sein. Für den Wandel von Eigentum steht insbesondere die digitale Ökonomie, die temporäre Besitzformen wie das Streaming hervorgebracht hat. Offen ist allerdings, ob die Digitalisierung auch die Struktur des Eigentums ändert oder nur dessen Verteilung. Mit den Daten ist zumindest eine neue, eigentumsrechtlich kaum geklärte Warenform hinzugegetreten, der große politische und wirtschaftliche Sprengkraft zugeschrieben wird. Zwar gibt es Forderungen, private Daten zum Eigentum zu erklären, das bei Verwendung durch Digitalfirmen bezahlt werden muss. Bisher gibt es aber kaum Anstrengungen, die Idee zu verwirklichen. In jedem Fall erschwert die Digitalisierung den Schutz geistigen Eigentums. Teilweise wird geistiges Eigentum, wie in der Urheberrechtsdebatte zu erleben, völlig bestritten, zugleich wird es von Digitalfirmen angeeignet und in neue Geschäftsmodelle (und neues Eigentum) überführt. Wie sich Gewinne und Verluste verteilen, wird

von Tilman Reitz untersucht. Nach dem bisherigen Verlauf zu urteilen, werden vor allem Monopole gestärkt.

Untersucht werden auch die historischen und theoretischen Grundlagen des Eigentums. In der philosophischen Tradition gehörten die Dinge zunächst dem, der sie zuerst für sich reklamierte. Von John Locke wurde das Eigentum dann auf denjenigen übertragen, der einen Gegenstand kultivierte. Das macht den Eifer verständlich, mit dem Robinson Crusoe „seine“ Karibikinsel bestellte. Locke, der in ein Kolonialunternehmen investierte, steht heute in der Kritik, mit seiner theoretischen Wende dem Kolonialismus eine eigennützte Rechtfertigung verliehen zu haben. Wie weit seine wirtschaftlichen Aktivitäten auf seinen Eigentumsbegriff abfärbten, wird kontrovers diskutiert. Aufschlussreich dürfte hier ein Projekt sein, das die Einbettung von Eigentumstheorien in deren historischen Kontext untersucht.

Besonders seit der Finanzkrise ist die kapitalismuskritische Perspektive wieder stärker geworden. Die Rechtswissenschaftlerin Katharina Pistor hat weltweit Aufmerksamkeit erregt mit einem Buch, das beschreibt, wie Eigentum über internationale Rechtsfirmen gesichert und vermehrt wird. Die Projekte, die sich innerhalb des SFB mit der Konfliktdimension befassen, haben keine vergleichbare Sprengkraft. Untersucht wird etwa, wie sich die Eigentumsverhältnisse von Fußballvereinen auf die interne Machtbalance auswirken oder die Bedeutung von Eigentum für den Erwerb von Elitepositionen.

Wie der Privatisierung der vergangenen Jahrzehnte Grenzen zu setzen seien, ist ein wiederkehrendes Motiv des SFB. Tilman Reitz nennt als Beispiele den Wohnungsmarkt, den Gesundheitssektor und die Energieversorgung. Die Berliner Pläne zur Enteignung großer Immobilienfirmen deuten in diese Richtung, dass sie eine umfassende Trendwende einleiten, dafür gibt es derzeit keine Anzeichen. Die These, wir erleben eine revolutionäre Veränderung der Eigentumsordnung, beurteilt auch Reitz eher skeptisch. Wahrscheinlicher sei eine langsame Transformation, bei der neue Formen hinzutreten. Daran dürfte auch die ökologische Wende im Wesentlichen nichts ändern. THOMAS THIEL